

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02221) 21 90 38/39
Telex: 08 66 846 ppbn d

Inhalt

Wolfgang Roth MdB, Vorsitzender des Ausschusses für entwicklungspolitische Fragen beim SPD-Vorstand, sieht in den Zimbabwe-Wahlen noch keinen Grund zum Aufatmen: Lord Soames als Sicherheitsrisiko.

Seite 1/2

Anke Martiny MdB beklagt die Neuregelung der Kontogebühren: Wer schützt die Verbraucher vor den Banken?

Seite 2a

Dieter Haack MdB, Bundesbauminister, würdigt Professor Hillebrecht zu dessen 70. Geburtstag: Ungewöhnlich reiches Lebenswerk.

Seite 3

Dokumentation

Herbert Wehner zum Komplex "Frieden stiften und sichern".

Seite 4-9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02221) 812-1

35. Jahrgang / 39

26. Februar 1980

Lord Soames als Sicherheitsrisiko

Wahlen in Zimbabwe noch kein Grund zum Aufatmen

Von Wolfgang Roth MdB
Vorsitzender des Ausschusses für entwicklungspolitische
Fragen beim SPD-Vorstand

Wenn ab morgen in Zimbabwe gewählt wird, so kann man sicher noch nicht aufatmen. Es gibt noch viele Gefahren und Bedrohungen des demokratischen Prozesses in diesem Lande und wir wissen nicht, wann die geplagten Menschen den Frieden finden. Aber, wer hätte vor zwölf Monaten gewagt vorauszusagen, daß man so weit vorankommt?

Die Entschlossenheit von Nyerere und Kaunda, die wirtschaftliche Erschöpfung der Länder Angola und Mozambique und der Verhandlungsstil Lord Carringtons, der einen Schlußstrich unter die Kolonial-Geschichte Großbritanniens setzen wollte, haben diesen fast unglaublichen Fortschritt ebenso herbeigeführt wie der Wille der Patriotischen Front, endlich an die wirklichen Probleme des Landes heranzugehen: Armut, Unterernährung, Analphabetismus.

Zum Aufatmen ist es jedoch leider noch zu früh. Die permanenten Anschläge, insbesondere auf Mitglieder von Mugabes ZANU, stellen eine tägliche Bedrohung dar. Südafrika kann immer noch durch eine direkte oder indirekte Intervention alles zerschlagen.

Aber vor allem gibt es ein aktuelles Sicherheitsrisiko: Lord Soames. Es zeigt den wirklichen Friedenswillen von Mugabe und Nkomo, daß ihnen bis heute bei den unfairen und parteiischen Aktivitäten des Generalgouverneurs noch nicht der Kragen geplatzt ist. Während der britische Außenminister das Maß an Neutralität zeigte, das für einen Erfolg der Verhandlungen unerlässlich ist, scheint Lord Soames gewillt, seine mangelnde Überparteilichkeit bis zum Wahltag demonstrieren zu wol-



len. Das drastischste Beispiel: In weiten Teilen des Landes darf ZANU keinen Wahlkampf führen.

Daß die Lage ernst ist, zeigt die Einladung Nyeres an seine Kollegen der Frontstaaten, am heutigen Dienstag zu einer Rhodesien-Konferenz zusammenzutreffen. Wie groß die Beunruhigung ist, zeigt Nyeres Drohung die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien abubrechen, wenn die Briten nicht für einen fairen Ablauf der Wahl sorgen. Nyeres Drohung sollte ernst genommen werden. Nicht zuletzt Kaunda und er haben mit hohem persönlichen Einsatz die Patriotische Front von der Notwendigkeit von Wahlen überzeugt. Unfaire Bedingungen bei der Wahl, wie sie sich durch das Verhalten von Lord Soames andeuten, sind auch ein Anschlag gegen die Autorität beider Präsidenten, die das südliche Afrika bitter nötig hat.

Wenn Lord Soames ausgerechnet im Südafrikanischen Rundfunk Sprüche darüber macht, daß er nicht unbedingt der Partei den Auftrag zur Regierungsbildung geben müsse, die die Wahlen gewinnt, dann ist die Grenze des Erträglichen überschritten. Die britische Regierungschefin und Lord Carrington haben zu Recht für ihr Rhodesien-Engagement internationalen Respekt bekommen. Als Sozialdemokrat hätte man gewünscht, daß schon die Vorgänger-Regierung dieses Engagement gezeigt hätte. Aber der Respekt wird in wenigen Tagen in herbe Kritik umschlagen, wenn London seinen redseligen und einseitigen Vertreter in Salisbury nicht an die kurze Leine nimmt. (-/26.2.1980/ks/ca)

+

+

+



Wer schützt die Verbraucher vor den Banken?

Neuregelung der Kontogebühren zu Lasten der Kleinen

Von Dr. Anke Martiny MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Großbanken kündigen neue Gebührenregelungen für Privatkonten an. Es wird von "Kontenorientierung" gesprochen: Grundgebühren sollen neu eingeführt, einzelne Gebühren erhöht, andere ermäßigt werden.

Unter dem Strich werden die Lohn- und Gehaltsempfänger mit relativ wenigen Kontobewegungen zum Beispiel bei der Dresdner Bank kräftig mehr zahlen müssen. Während Bankkunden mit vielen Geschäftsvorfällen eventuell auch weniger zahlen als bisher.

Wenn nicht die übrigen Banken und Sparkassen in ähnlicher Weise die Kontogebühren neu regeln (wovon man nach bisheriger Erfahrung vermutlich ausgehen kann), wird es für viele sinnvoll sein, ihr Girokonto bei einer preisgünstigeren Bank einzurichten. Für den Normalverbraucher wird es jedoch immer schwieriger, sich gegenüber höheren Forderungen der Banken durch Änderung seiner Nachfrage marktgerecht zu verhalten, weil die Transparenz der Gebührenpolitik der Banken immer mehr zu wünschen übrig läßt. Spitzenverbände der Geldbranche lehnen eine Vereinheitlichung der Gebührenpolitik ab, die eine wichtige Voraussetzung für eine Vergleichbarkeit der Gebühren wäre. Die Absicht, auf Vorschlag des Bundesfinanzministeriums Gebührenhefte anzubieten, muß zwar als Verbesserung begrüßt werden; diese Gebührenhefte werden aber nur in begrenztem Maße einen Durchblick durch das Dickicht der verwirrend unterschiedlichen und vielfältigen Gebühren gewähren.

Die Stiftung Warentest will daher die unterschiedlichen Gebühren durch Untersuchungen anhand eines Modellkontos vergleichbar machen und den Verbrauchern die Marktübersicht erleichtern. Die Verbraucher fühlen sich auf jeden Fall den Banken mehr oder weniger machtlos ausgeliefert, weil sie - zumeist ohne die Alternative der Abwanderung zu haben - hinnehmen müssen, daß immer wieder die Gebühren umgewandelt beziehungsweise erhöht werden, die Sparzinsen aber nur sehr zögernd angehoben werden, die Anlageberatung wenig objektiv ist, die Öffnungszeiten ungünstig sind und die Praktiken der unseriösen Kreditvermittler stillschweigend geduldet werden.

Wenn der Zentrale Kreditausschuß (ZKA) sich weigert, Leitlinien für die Zusammenarbeit mit Kreditvermittlern zu vereinbaren und das Bundesaufsichtsamt aufruft, selber für ordnungsgemäße Verhältnisse bei der Kreditvermittlung zu sorgen, so soll dies von der eigenen Verantwortung für diese Zustände ablenken.

Das Bundesaufsichtsamt sollte sich verstärkt als Verbraucherschutzinstitution verstehen und den Verbraucher vor unseriösen und verbraucherfeindlichen Praktiken der Kreditinstitute und deren Helfershelfern schützen. Die Bundesregierung sollte das Aufsichtsamt in dieser Hinsicht ermutigen. Notfalls müssen die Kompetenzen der Bundesaufsichtsämter ausgeweitet werden.

Der Bankkunde und Sparer hat leider keine Lobby, die die Mißstände lautstark anprangert und für Abhilfe sorgt. Gegenüber der Macht der Banken braucht der Verbraucher wenigstens einen öffentlichen Anwalt, der die Banken kontrolliert und wo nötig, die Rahmenbedingungen für ihr Tun verschärft.
(-/26.2.1980/ks/ca)

+ + +



Ungewöhnlich reiches Lebenswerk

Zum 70. Geburtstag von Professor Rudolf Hillebrecht

Von Dr. Dieter Haack MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Professor Dr. E.h. Rudolf Hillebrecht hat das Bild der Stadt Hannover nach den schweren Kriegszerstörungen neu gestaltet. In steter Auseinandersetzung mit den Tendenzen der Zeit hat er hierbei die Grundwerte städtischer Zivilisation und Kultur erhalten und die Kontinuität im Bild dieser Stadt bewahrt. Für diese Leistung wird ihm die Stadt Hannover an seinem 70. Geburtstag den Ehrenbürgerbrief überreichen.

Wenn auch Hannover ein besonders hervortretendes Zeichen ist, so ist es doch nur eines unter vielen anderen in seinem ungewöhnlich reichen Lebenswerk. Nach dem Zusammenbruch war er in schwerer Aufbauzeit bereits als Sekretär für das Bauwesen im Zonenbeirat für die Britische Zone tätig. Sein fachlicher Rat und seine Kritik hatten stets Gewicht. So holte die Bundesregierung für wichtige Aufgaben - ich möchte nur den Neubau der Staatsbibliothek nennen - seinen Rat ein, und bei der Vorbereitung und Durchführung des internationalen Ideenwettbewerbs Hauptstadt Berlin wirkte er maßgebend mit.

Als Berater der Bundesregierung für den Ausbau der Stadt Bonn zur Bundeshauptstadt hat er nun auch für diese Stadt richtungsweisende städtebauliche Empfehlungen und Leitlinien gegeben. Sie wurzeln in seiner Überzeugung, daß die neue Stadtform, die die Kontinuität im Bild der Stadt bewahrt und vom Wesen des Stadtlebens geprägt wird, Sinnbild einer freiheitlichen Gesellschaft sein muß. Dies gilt in besonderem Maße für die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland.

Für diese Arbeit gilt ihm unser besonderer Dank.

(-/26.2.1980/hi/ca)



Dokumentation

In der März-Ausgabe der "Neuen Gesellschaft" veröffentlicht der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, den folgenden Beitrag.

Frieden stiften und sichern

Ereignisse im Übergang von den siebziger zu den achtziger Jahren dieses Jahrhunderts haben Bundeskanzler Helmut Schmidt Anlaß zu den folgenden Sätzen am Anfang seiner Regierungserklärung vom 17. Januar gegeben: "Am Beginn dieses Jahres, am Beginn des neuen Jahrzehnts stehen wir einer kritischen internationalen Lage gegenüber. Ich spreche an erster Stelle von der Geiselnahme in Teheran und von der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion. Ich spreche auch von den energiepolitischen und weltwirtschaftlichen Perspektiven, die nicht losgelöst vom Verlauf der mittelöstlichen Krisen gesehen werden dürfen."

Angesichts der in der Zwischenzeit erkennbar gewordenen weiteren Entwicklung muß und darf die Einschätzung der Ereignisse durch den Bundeskanzler in Erinnerung gebracht werden: "In Teheran und in Afghanistan ist das Völkerrecht und sind die Regeln des friedlichen Zusammenlebens der Völker schwer verletzt worden. Die dadurch entstandene Lage und ihre möglichen Folgen gehen nicht nur die unmittelbar Beteiligten an. Die Besetzung Afghanistans berührt ganz direkt vitale Interessen der Dritten Welt, der ungebundenen Staaten. Aber die Krisen betreffen darüber hinaus alle Mitglieder der Völkerfamilie. Das heißt, sie betreffen unvermeidbar auch uns in Europa und uns in Deutschland."

Die kritische internationale Lage besteht weiterhin. Weder die Geiselnahme in Teheran noch die mit der Besetzung Afghanistans gekennzeichnete gefährliche Situation in dieser Region ist überwunden. Der mit Hilfe der UNO zustandegekommenen internationalen Kommission namhafter Juristen wird offenbar seitens des Iran nur eine sehr begrenzte Bewegungsmöglichkeit eingeräumt und das weitere Gefangenhaltende der Geiseln schon jetzt bis in den Monat April von einem entsprechenden Freilassungsbeschluß des noch gar nicht gewählten Iran-Parlaments abhängig gemacht. Sowjetischerseits gibt es kaum Äußerungen zur weiteren Gefangenschaft der Geiseln im Iran aber viele gegen die USA gerichtete mehr oder weniger polemische und anklägerische Unterstellungen bezüglich amerikanischer Absichten oder Vorbereitungen zu Aktivitäten gegenüber Afghanistan. So auch in Wahlsprachen der Moskauer Prominenz.

Zur Kennzeichnung der Stellung der Bundesregierung sei nochmals die Regierungserklärung des Bundeskanzler zitiert: "Am vergangenen Montag, also am Beginn dieser Woche, haben 104 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, das heißt eine Zweidrittelmehrheit, eine EntschlieÙung verabschiedet, deren Kernsätze ich dem Bundestag in Erinnerung rufe - ich zitiere - : 'Wir verlangen den sofortigen, bedingungslosen und totalen Rückzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan, um dem afghanischen Volk zu ermöglichen, eine ihm genehme Regierungsform zu bestimmen und sein ökonomisches, politisches und soziales System ohne Intervention, Subversion oder Zwang von außen zu wählen.' Die Bundesrepublik Deutschland ist einer dieser 104 Staaten, die diese EntschlieÙung angenommen haben. Wir verurteilen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Wir verurteilen den Bruch des Völkerrechts in Iran."

Angesichts der fortdauernden Bedeutung der Auseinandersetzungen über die Behandlung der beiden Krisenherde ist es unvermeidlich, in Erinnerung zu bringen und deutlich zu machen, was in der Regierungserklärung unmißverständlich dargelegt worden ist: "Zunächst zum Iran. Schon am 4. Dezember 1979... hatte der Weltsicherheitsrat, einstimmig, und zwar mit der Stimme der Sowjetunion, 'die Regierung des Iran dringend aufgefordert' - das ist der Wortlaut der damaligen EntschlieÙung - 'sofort die Mitglieder der Botschafter der USA freizulassen, die in Teheran festgehalten werden, ihnen Schutz zu gewähren und ihnen zu gestatten, das Land zu verlassen.'" Daß die Geiselnahme in Teheran inzwischen immer



noch andauert - erklärte der Bundeskanzler - erfüllt uns mit großer Sorge. Unser Mitgefühl gilt den Geiseln, ihren Angehörigen zu Hause und dem amerikanischen Volk, das um seine Menschen bangt.

Wir Deutsche und wir hier im Bundestag kennen aus eigener Erfahrung die Sorge um Geiseln. Deshalb sind wir mit unseren amerikanischen Freunden und mit Präsident Carter solidarisch. Dort wartet eine ganze Nation mit steigender Erbitterung, aber in geduldiger, in bewunderungswerter Disziplin... auf die Freilassung ihrer Landsleute in Teheran.

Wir respektieren das Recht des iranischen Volkes, seine Zukunft selbst zu bestimmen. Aber gemeinsam mit unseren Freunde in den USA, gemeinsam mit den Regierungen in der Welt, gemeinsam mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bestehen wir darauf, daß sich alle Staaten der Welt an das Völkerrecht halten und daß die Geiseln freigelassen werden.

Wie ich es erwähnte, hatte der Weltsicherheitsrat schon am 4. Dezember letzten Jahres den Iran einstimmig zur sofortigen Freilassung der Geiseln aufgefordert. Wenige Tage später, am 15. Dezember, hatte der Internationale Gerichtshof in Den Haag die Geiselnahme für völkerrechtswidrig erklärt. Am 31. Dezember hat der Sicherheitsrat dann erneut - bei Stimmenthaltung der Sowjetunion und der DDR - vom Iran die sofortige Freilassung der Geiseln verlangt, diesmal unter Setzung einer Frist und mit der Ankündigung, daß bei Nichtbefolgung Maßnahmen gemäß Artikel 39 und 41 der Satzung der Vereinten Nationen, das heißt sogenannte Sanktionen gegen den Iran ergriffen würden.

Nach ergebnislosem Fristablauf hat dann der Sicherheitsrat, erneut mit der Sache befaßt, mit der erforderlichen Mehrheit von zehn Stimmen für die Ergreifung von Sanktionen gegen den Iran gestimmt, insbesondere im Bereich von Handel, Verkehr und Bankwesen. Diesmal stimmten die Sowjetunion und die DDR dagegen. Mit ihrem Veto hat die Sowjetunion verhindert, daß diese Sanktionen rechtswirksam für alle beschlossen wurden."

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat bekräftigt, wenn die USA sich genötigt sähen, ausgehend von den erwähnten Beschlüssen des Sicherheitsrats und des Internationalen Gerichtshofs, Maßnahmen im angekündigten Sinne zu treffen, so werde die Bundesrepublik Deutschland dabei an der Seite der USA stehen, um die Freilassung der Geiseln zu erreichen. "Zur Charakterisierung der Lage in , um und wegen Afghanistan" hat der Bundeskanzler verbindlich erklärt: "Tatsächlich handelt es sich, weltpolitisch betrachtet, um zwei Krisen zur gleichen Zeit. Die Sowjetunion hat unter Einsatz massiver militärischer Mittel den blockfreien Staat Afghanistan besetzt. Damit hat sich die Sowjetunion auch bis auf wenige hundert Kilometer an den Indischen Ozean, an den Persischen Golf und an die Erdöllagerstätten herangeschoben. Sie hat zusätzliche politische Hebel gegenüber den anderen Staaten der Region gewonnen. Zugleich aber hat sich die Sowjetunion in der übrigen Welt, vor allem auch in der Dritten Welt der blockfreien Staaten und der Entwicklungsländer, in einer Weise isoliert wie niemals zuvor. Der äußere Ausdruck dieser Selbstisolierung ist die Entschließung der Vollversammlung der Vereinten Nationen... Die Sowjetunion hat allein in den letzten Monaten dreimal auf das Vetorecht zurückgegriffen: In der Frage des Rückzugs ausländischer Truppen aus Kambodscha, in der Frage des Rückzugs ihrer eigenen Truppen aus Afghanistan und in der Frage von Wirtschaftssanktionen gegen die Geiselnahme durch den Iran... Die Vereinigten Staaten von Amerika haben eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um die Sowjetunion nachhaltig darauf aufmerksam zu machen, daß eine Verletzung der Völkerrechtsordnung nicht ohne Folgen bleiben kann. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihre Freunde aufgefordert, sich entsprechend zu verhalten. Dies werden wir tun, insbesondere im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und im Rahmen des COCOM."

Aus der Bewertung der durch die mittelöstlichen Krisen verursachten Lage ("in der Weltpolitik ist ein schweres Wetter aufgezogen") sind für die Bundesregierung die folgend skizzierten Notwendigkeiten erwachsen:

- 1.) Wir müssen unsere deutsche Interessenlage und die westliche Interessenlage insgesamt mit ruhigem Blick prüfen.
- 2.) Wir müssen unser Land mit sicherer Hand durch die Turbulenzen hindurchsteuern. Wir können dazu keine Nervosität gebrauchen, kein Krisengeschrei, auch keine aufgeregten oder gar scharfmacherischen Reden; vielmehr brauchen wir statt dessen ein sorgfält-



tig überlegtes "Crisis Management". Wenn jemand von uns in dieser Lage eine Politik der großen Worte erwartet, so irrte der sich über den Stil unseres Staates und über die Interessen unseres Staates; dies gilt auch im Hinblick auf unsere Pflicht, nach Kräften dafür zu sorgen und dazu beizutragen, daß Berlin nicht ein Krisenherd werde.

- 3.) Unsere unmittelbare Mitverantwortung für den Frieden in Europa gebietet, daß wir gerade in schwierigen Zeiten nach Feldern gemeinsamen Interesses suchen.
- 4.) Bundeskanzler Schmidt bekräftigt, daß wir über Europa hinaus den Staaten der Dritten Welt eine Verstärkung ihrer Eigenständigkeit eine Verstärkung der gleichberechtigten Partnerschaft anbieten, um durch politisches Zusammenarbeiten, um durch wirtschaftliche Hilfe diese Staaten festigen zu helfen. Diese Politik darf nicht durch unbedachtes Reden über eine "geographische Ausweitung" der NATO-Verpflichtungen gefährdet werden.

Die Kontinuität der Sicherheits- und Friedenspolitik der von der sozialdemokratisch - liberalen Koalition getragenen Bundesregierungen hat Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Regierungserklärung vom 17. Januar 1980 durch eine Wiedergabe des folgenden Passus' aus der Regierungserklärung des Bundeskanzler Willy Brandt vom 28. Oktober 1969 bekräftigt: "Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich um unseren ernstesten und nachhaltigen Versuch zur gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle handelt oder um die Gewährleistung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: Unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung. Und ebenso versteht sie unter beiden Aspekten die äußere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir zugehören und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West beitragen." Angesichts des mehr oder weniger polemischen Herumfummeln am Begriff "Entspannung" ist es sinnvoll, auf die Kontinuität der Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung zu verweisen. (Die "Neue Züricher Zeitung" berichtete am 22. Februar über des Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß' Passauer Rede am Aschermittwoch, nach der Aufzählung von Vorwürfen, die deutlich machen sollten die "Unwahrheit der Entspannungspolitik", in der die Bonner Regierungskoalition befangen sei, habe Strauß schließlich mehrfach betont, daß er Entspannung nach wie vor befürwortet, aber im Rahmen einer - wie er sich ausgedrückt hatte - "realistischen Entspannungspolitik", die frei sein müsse von romantischer Verklärung.) Halten wir uns an Bundeskanzler Helmut Schmidts klare Feststellungen: "Unsere Entspannungspolitik ist nicht Beschwichtigung, sondern sie ist eines von zwei Hauptelementen unserer Sicherheitspolitik, die sich auf das Gleichgewicht der militärischen Kräfte gründet. Das bedeutet für uns unverändert die Arbeit an drei Aufgaben: Erstens die Arbeit an der Bewahrung des Erreichten. Das heißt auch strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächteabkommens sowie der Verträge mit der Sowjetunion, mit Polen, mit der Tschechoslowakei und des Grundlagenvertrages mit der DDR. Das heißt auch: Bewahrung dessen, was zwischen West und Ost in der KSZE seit 1975 erreicht wurde. Zweite Aufgabe: Arbeit zur Fortentwicklung des Erreichten. Das heißt: Weitere Verbesserungen für das Miteinander der Menschen in beiden deutschen Staaten; Fortsetzung der Arbeit in der Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, besonders hinsichtlich MBFR. Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich die erneute Erklärung Präsident Carters, daß der SALT-II-Vertrag im Interesse der Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika und der ganzen Welt liegt. Ich gehe davon aus, daß dieser Vertrag eingehalten wird, auch wenn er gegenwärtig noch nicht ratifiziert werden kann.

Drittens beharrliche Arbeit an den neuen Aufgaben. Zu diesen neuen Aufgaben gehört besonders, daß wir und die NATO-Mitgliedstaaten insgesamt das Verhandlungsangebot der NATO über nukleare Mittelstreckenraketen vom Dezember 1979 nicht vom Tisch nehmen, sondern ernsthaft weiterhin verfolgen. Unser Bündnis strebt unverändert an, das notwendige militärische Gleichgewicht durch Maßnahmen der Rüstungskontrolle, möglichst auf niedrigem Niveau als bisher, herzustellen. Diesem Gleichgewichtsgrundsatz entspricht ebenso der im Dezember gefaßte Beschluß über die Modernisierung der Theatre Nuclear Forces der NATO."

Zwischenbescheide teils verdeckt teils mehrdeutig

Wer nach Antworten oder Zeichen des sachlichen Prüfens westlicher Vorschläge zur Lösung der Konfliktsituation sucht, hat es schwer, aus dem Nervenkriegs-Feuerwerk ein oder das



andere sachlich Behandlungs- und Verhandlungsfähige herauszulösen.

Der Präsident der französischen Republik und der deutsche Bundeskanzler haben in ihrer Deklaration vom 5. Februar im sechsten Punkt betont, daß die Bemühungen der europäischen Mächte zur Überwindung der Krise nur dann einen Sinn haben, wenn die Sowjetunion ihren Willen bekunde, darauf einzugehen. Sie haben die Erklärung zur Kenntnis genommen, wonach die Sowjetunion die Absicht hat, ihre Streitkräfte aus Afghanistan zurückzuziehen." Es ist erforderlich, daß diese Erklärungen sich in Tatsachen niederschlagen. Das ist notwendig für den Erfolg der Erörterungen, von denen die Sicherheit und die Zukunft des Friedens abhängen."

Eine inzwischen öffentlich gegebene Verlautbarung, die von den Außenministern der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft beschlossen wurde und der Sowjetunion nahelegt, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen und die Möglichkeit zu schaffen, daß Afghanistan die Garantie einer nicht blockgebundenen Neutralität erhalten und wahrnehmen kann, ist zunächst einmal von einem offiziellen Publikations-Organ der Sowjetunion beiseitegeschoben worden, ehe überhaupt der Vorschlag regierungsamtlich hat vorgelegt werden können.

Andeutungen, die aus einer Rede des Generalsekretärs Leonid Breschnew zu entnehmen waren, sind bisher nicht als eine zur Konfliktbeilegung real anwendbare Zwischenantwort auf die entsprechenden westlichen Willensbekundungen auszulegen und entsprechend bekräftigt worden.

In Genf hat der sowjetische Chefdelegierte bei der Wiederaufnahme der Beratungen der Abrüstungskommission von 40 Nationen der UNO erklärt, durch die NATO-Entscheidung vom Dezember sei die Grundlage für ehrenhafte und gerechte Verhandlungen über Mittelstrecken-Nuklearwaffen zerstört und unter den gegebenen Umständen würde nur die Zurücknahme der NATO-Beschlüsse über die Herstellung und Verteilung neuer amerikanischer Raketen oder die Suspendierung dieser Beschlüsse die Aufnahme wirkungsvoller Verhandlungen über diese Frage ermöglichen. Doch in derselben Rede des sowjetischen Chefdelegierten findet man auch einen Passus, in dem betont wird, die Sowjetunion wolle sich aber weder durch die NATO-Entscheidung noch durch andere Entscheidungen, die ernsthaft den Fortschritt der Abrüstungsverhandlungen behindern, von ihrem Bemühen um Entspannung und Abrüstung abbringen lassen.

Nicht im Dunst der Polemiken und der Mehrdeutigkeiten steht allerdings ein Passus der Rede Edward Giereks im Rahmen des 8. Parteitags der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (übersetzt aus "Trybuna Ludu" vom 12. Februar): "Im vergangenen Jahr haben wir zusammen mit unseren Verbündeten aus dem Warschauer Pakt den Vorschlag der Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa unterbreitet. Die gegenwärtige politische Atmosphäre dürfte kein Hindernis für die Durchführung dieser Konferenz sein. Wir rechnen mit dem politischen Realismus der Regierungen der europäischen Staaten. Eine Verständigung über die Einberufung der Konferenz die zum Beispiel beim Treffen in Madrid erlangt werden könnte, würde eine Wendung zum Besseren hin in der internationalen Situation darstellen. Dies würde einen starken Impuls geben in Richtung auf einen Fortschritt der laufenden Verhandlungen und es würde günstige Vorbedingungen schaffen für die Lösung der Abrüstungsprobleme. Polen wäre bereit, diese Konferenz in seiner Hauptstadt stattfinden zu lassen. Das wäre für unser Land eine Ehre, die Symbolcharakter hätte. Warschau, dem die Besetzer ein so grausames Schicksal bereitet haben, pulsiert heute von einer Tätigkeit, die schöpferisch ist und zum Frieden beiträgt. Es wäre also der geeignete und würdige Ort für die Durchführung eines so wichtigen internationalen Treffens."

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seiner schon mehrfach zitierten Regierungserklärung am 17. Januar im Bundestag zitiert, was Außenminister Genscher in einer Bundestagssitzung am 14. Dezember nach der Herbstsitzung der NATO in Brüssel folgendermaßen ausgedrückt hatte: "Die Lage im Nahen und Mittleren Osten, die Entwicklung in Teilen Afrikas, die



Spannungen in Südostasien, die Probleme der Energieversorgung machen uns bewußt, welche Ungewißheiten und Gefahren an der Schwelle der 80er Jahre die Menschheit bedrücken. Um so wichtiger ist es, daß Europa, das in der Vergangenheit so viele Kriege führte und von dem so viele Kriege ausgingen, alles tut, um nach 35 Jahren ohne Krieg in Europa den Frieden weiter zu sichern und damit auch zur Stabilität in der Welt beizutragen."

Sollte es so sein, daß es eine Berührung gibt in den Auffassungen, die Edward Gierek und Hans-Dietrich Genscher zum Ausdruck gebracht haben, so dürfte es im Interesse des Friedens kein Hindernis geben, durch das die positive Anregung Giereks im Verlauf der wechselseitigen Mutmaßungen über Motive von positiv gemeinten Beiträgen zur Friedenssicherung hängen bliebe.

Des Bundeskanzlers Hinweis auf Ausführungen des Bundesministers des Auswärtigen verdeutlicht die Übereinstimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Bemühen, Frieden zu stiften und zu sichern.

Der Bundeskanzler hat nach der Bekanntgabe der Erklärung des Präsidenten der französischen Republik und des deutschen Bundeskanzlers in Paris auf die Frage eines Korrespondenten, ob der Ausdruck Entspannung nicht "überholt" und sogar ein "gewisser Fettschismus" sei, geantwortet: "Entspannung setzt voraus, daß einer nicht so viel mächtiger ist als der andere, daß der andere fürchten muß, er könne eines Tages überwältigt werden. Mit anderen Worten: Entspannung setzt Gleichgewicht voraus, Gleichgewicht insbesondere der militärischen Faktoren. Insofern war das Konzept, das schon zu Nixons und Breschnews Zeiten, später zu Jimmy Carters und Breschnews Zeiten, hinter den SALT-Verhandlungen stand - SALT I wie SALT II -, Gleichgewicht der nuklearstrategischen Kräfte auf beiden Seiten, die Herstellung einer grundlegenden Vorbedingung für Entspannung überhaupt... Man kann Gleichgewicht natürlich auf zweierlei Weise herstellen: Durch einen Rüstungswettlauf, daß einer versucht mindestens so schnell zu laufen wie der andere; das wird eine Spirale, höchst gefährlich. Man kann es auch herstellen durch beiderseitig verpflichtende Begrenzung der Rüstung. Entspannung ist nicht möglich ohne Gleichgewicht. Die Wiederherstellung des Gleichgewichts, die Stabilisierung des Gleichgewichts, das ist eine der wichtigsten Aufgaben in diesem Jahr 1980 und darüber hinaus."

Unter Berufung auf Immanuel Kants Satz: "Der Friede ist kein Naturzustand, sondern der Friede muß immer wieder gestiftet werden" hat Helmut Schmidt betont: "Frieden zu stiften, kostet Kraft, und es bedarf dazu jedenfalls des Gesprächs und der Verhandlung." Das gehört zum Beitrag unserer Bundesrepublik Deutschland. (-/26.2.1980/hl/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

